

Zeittafel: SBZ – DDR 1945 bis 1990

1945	<p>8./9. Mai „Bedingungslose Kapitulation aller deutschen Streitkräfte“: Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa</p> <p>5. Juni/4. Juli Berliner Deklaration: Nach Fehlen einer deutschen Zentralgewalt übernehmen die (Vier) Mächte die Oberste Regierungsgewalt in Deutschland in den Grenzen von 1937, bilden einen Alliierten Kontrollrat in Berlin, das in vier Sektoren geteilt wird. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) übt Verwaltungs- und Regierungsfunktion in der SBZ aus.</p>
	<p>17. Juli bis 2. August „Potsdamer Konferenz der Großen Drei“ (ohne Frankreich) beschließt, Deutschland zu entmilitarisieren, zu entnazifizieren, zu demokratisieren und zu dezentralisieren („Vier D’s“); Friedensvertrag, Grenzregelungen offen, „Anti-Hitler-Koalition“ soll Bestand haben.</p>
1946	<p>21./22. April Zwangvereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die sich mit einem Verfassungsentwurf für eine „deutsche, demokratische Republik“ (1946) als „Partei der Einheit“ der (deutschen) Arbeiterklasse gesamtdeutsch profiliert und später zur „Kaderpartei“ nach sowjetischen Vorbild entwickelt (bis 1952).</p>
1947/48	<p>„Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden“: Ein Verfassungsausschuss unter Otto Grotewohl legt dem 1. Deutschen Volksrat den SED-Entwurf aus 1946 zum Beschluss vor; Währungsreform in den Besatzungszonen, Berlin-Blockade durch die Sowjets und Luftbrücke zur Versorgung der Westsektoren durch die Westalliierten (USA, GB, F).</p>
1949	<p>7. Oktober Gründungstag der DDR: Der 2. Deutsche Volkskongress setzt als Provisorische Volkskammer die Verfassung der DDR in Kraft (vgl. Annahme des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Gründungstag des „Provisoriums“ [Weststaat] am 23. Mai 1949) Anerkennung der DDR durch die UdSSR (Stalin, Dokument vom 13. Oktober): „Wendepunkt in der Geschichte Europas“.</p>
1952	<p>23. Juli Abschaffung der fünf östlichen Länder (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg) und Ersatz durch 14 DDR-Bezirke; Ostberlin wird als Hauptstadt der DDR 1961 als 15. Bezirk deklariert.</p>
1953	<p>17. Juni Arbeiterprotest gegen Normerhöhungen weitet sich flächendeckend zum Volksaufstand gegen das SED-Regime aus, der von sowjetischen Militäreinheiten der GSSD zerschlagen wird. Die SED sieht den 17. Juni als „faschistische Provokation und Putschversuch“, initiiert durch Agenten aus Westberlin und Westdeutschland. Militärische Strukturen (ehem. Betriebskampfgruppen) sichern als „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ die volkseigenen Betriebe (VEB).</p>
1954/55	<p>Die Sowjetunion erklärt den Kriegszustand mit Deutschland für beendet und die DDR zum „souveränen Staat“, dessen Bestand durch den Warschauer Pakt militärisch garantiert wird. Mitglied des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ist die DDR seit 1950.</p>
1961	<p>13. August Bau der Berliner Mauer mit Rückendeckung des Warschauer Paktes als Versuch der Stabilisierung der DDR: Ende der Massenflucht („Abstimmung mit den Füßen“, Erhalt des Status quo für West-Berlin einschließlich der Rechte der Alliierten („three essentials“))</p>
1964/67	<p>Aufgabe der gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit durch neue Personalausweise („Bürger der DDR“) und der DDR-Staatsbürgerschaft (Passgesetz); Westdeutsche benötigen zur Einreise in die DDR einen gültigen Reisepass (1968).</p>
1968	<p>6. April 2. DDR-Verfassung schreibt fest, dass die DDR „ein sozialistischer Staat deutscher Nation“ ist. Grundrechte und -pflichten der DDR-Bürger werden vom Staat als „sozialistische Rechte“ im Staat definiert. Die SED unterstützt die Zerschlagung des „Prager Frühlings“ und die Breshnew-Doktrin, was kritische Äußerungen und oppositionelle Haltungen in der DDR provoziert.</p>

- 1970 19. März **Erfurter Treffen** von Bundeskanzler Willy Brandt und DDR-Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph: Den Forderungen nach Abgrenzung steht Brandts Betonung der „besonderen innerdeutschen Beziehungen“ wegen des „Fortbestehens der deutschen Nation“ gegenüber, die er in Kassel (21.5.1970) in 20 Punkten präzisiert. Vertragliche Regelungen bereiten den Grundlagenvvertrag (Grundvertrag, 1972) vor.
- 1971 3. Mai **Erich Honecker** löst Walther Ulbricht als Ersten Sekretär des ZK der SED ab – Ende der „Ära Ulbricht“. Vier-Mächte-Abkommen über (West-)Berlin ist ein wichtiger Mosaikstein im Rahmen der „**Ostverträge**“ (1970/72) und eröffnet den Beitritt beider deutscher Staaten zu den **Vereinten Nationen** (1973); Überwindung der außenpolitischen Isolierung der DDR bei neutralen und westlichen Staaten.
- 1973/75 Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden durch Akklamation in die UNO aufgenommen und unterzeichnen die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (**KSZE**). Beide deutsche Staaten verpflichten sich auf diesem Weg zur Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit, in den Wirtschaftsbeziehungen und in humanitären Fragen. Ihre Bindung an den Warschauer Pakt festigt die DDR in einem weiteren Beistandspakt mit der UdSSR („sozialistischer Internationalismus“ (7. Oktober 1975).
- 1980 26. November Für die DDR schlägt Erich Honecker eine **Intervention** der Staaten des Warschauer Pakts in **Polen** vor, als die Gewerkschaft „Solidarnosc“ im Danziger Abkommen Streikrecht und politische Mitsprache erreicht. 1981 erklärt Polen das **Kriegsrecht** im eigenen Land, als Bundeskanzler Helmut Schmidt in der DDR Gespräche über die deutsch-deutschen Beziehungen führt.
- 1983 29. Juni Erich Honecker nimmt einen von Franz-Josef Strauß „eingefädelten“ **Milliardenkredit** an, mit dem humanitäre Zugeständnisse verbunden sind (Abbau der Splitterminen SM 70 an der Grenze zur BRD, Erleichterungen von Familienzusammenführung, Freikauf von politischen Häftlingen, Reiseerleichterungen für Rentner, 1985 ausgeweitet auf den innerdeutschen Handel, 1986 Städtepartnerschaften, Kulturabkommen). Wirtschaftliche Stagnation, Währungsprobleme und der drohende Staatsbankrott der DDR werden verschleiert.
- 1987 Grundsatzpapier über den „**Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit**“, erarbeitet von einer Kommission aus SPD und SED
7.–11. September **Staatsbesuch Erich Honeckers in Bonn**: Der Staatsgast wird nach Protokoll wie ein ausländisches Staatsoberhaupt empfangen (DDR-Hymne, DDR-Flagge).
- 1989 2. Mai Ungarn kündigt die **Öffnung des Eisernen Vorhangs** an und lässt Sperranlagen abbauen (Sopron, 27. Juni), der Warschauer Pakt lässt die Breshnew-Doktrin von der „beschränkten Souveränität“ fallen.
DDR-Bürger besetzen als „Botschaftsflüchtlinge“ die Vertretungen der BRD in Warschau, Prag, Budapest und Ostberlin, um ihre Ausreise aus der DDR zu erzwingen (Sept./Okt.).
2. Juni **Egon Krenz** besteht als Wahlleiter darauf, dass das Kommunalwahlergebnis vom 7. Mai 1989 korrekt ermittelt wurde, und weist den Vorwurf der **Wahlmanipulation** zurück. Bürgerrechtler und oppositionelle Gruppen organisieren ab 4. September **Montagsdemonstrationen** (Nikolaikirche Leipzig).
September/Oktober Gründungsaufrufe von „**Aufbruch 89 – Neues Forum**“, der Bürgerbewegung „**Demokratie Jetzt**“ und des „**Demokratischen Aufbruchs**“ bereiten den Weg für Parteigründungen u. a. der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP).
7. Oktober Der Staatsgründungstag mit Militärparaden und Massenaufmärschen erlebt parallel spontan Gegenkundgebungen. **Michail Gorbatschow** erneuert als Staatsgast seine Forderung nach notwendigen Reformen innerhalb des sozialistischen Systems. Die SED stellt „**Vorschläge für einen attraktiven Sozialismus in Aussicht**“.
16./17. Oktober Nachdem in Leipzig weit über 100 000 Bürger gegen die SED-Führung protestierten, leitet das **Politbüro der SED** den Sturz Erich Honeckers und damit die „**Wende**“ (Egon Krenz) ein: Die SED sieht sich an der Spitze der Reformen eines „**Sozialismus in den Farben der DDR**“.
8. November **Abdankung des Politbüros der SED und Öffnung der Mauer**: Die Erklärung „Privatreisen nach dem Ausland voraussetzungslos möglich“ führt zum Fall der Berliner Mauer ab 23 Uhr 14.

26./28. November Vorgetragen von Stefan Heym fordert der Aufruf „Für unser Land“, die **Eigenständigkeit der DDR als „sozialistische Alternative zur Bundesrepublik“** zu erhalten. Parallel dazu werden Forderungen nach „**Deutschland, einig Vaterland**“ laut und die CDU-Ost befürwortet eine „deutsch-deutsche Konföderation“.

28. November Bundeskanzler Helmut Kohl stellt im Bundestag sein „Zehn Punkte Programm zur schrittweisen **Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas**“ vor – Punkt 10: „Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands“.

1. Dezember Die Volkskammer streicht den Führungsanspruch der SED in Art. 1, 1 der DDR-Verfassung und „bedauert aufrichtig“ die Beteiligung an der militärischen Intervention zur Zerschlagung des „Prager Frühlings“ (21. August 1968). Am „Runden Tisch“ finden sich „alte“ und „neue Kräfte“ zusammen, um ab dem 7. Dezember über eine neue DDR-Verfassung zu beraten, die MfS-Strukturen aufzulösen und einen Termin für die erste freie Volkskammerwahl zu vereinbaren.

3./18. Dezember Machtverfall der SED nach Rücktritt des „Reformer“-Politbüro unter Egon Krenz, dem Parteiausschluss der bisherigen Führungselite, der Entmachtung der Staatssicherheit (MfS/Amt für Nationale Sicherheit), einer Amnestie für Strafgefangene und der **Umbenennung der SED in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)** am 4. Februar 1990: „Unsere Partei ist nicht mehr die SED.“

Die Montagsdemonstrationen der „2. Wende“ stellen die SED-„Wendehälse“ an den Pranger, an die Stelle der Forderung nach Erhalt einer „souveränen DDR“ positionieren sich zunehmend mehr DDR-Bürger: „Wir sind das Volk!“ – „Wir sind ein Volk!“ auch in Richtung Wiedervereinigung: „Deutschland, einig Vaterland!“

1990

18. März Das Ergebnis der **1. freien Wahl zur Volkskammer der DDR** (bisher „Einheitsliste“ der Nationalen Front der DDR) wird ohne 5%-Hürde für die Parteien erreicht: Das Parteienbündnis „Allianz für Deutschland“ (CDU, DSU, DA) erhält 40,82%, die SPD 21,88%, die SED/PDS 16,40%, Liberale/BFD 5,28%, Bündnis'90 2,91%, KPD 0,08%. Politisch sind damit die Weichen für die „Wiedervereinigung“ über eine Wirtschafts-, Währungs und Sozialunion gestellt: „So schnell wie möglich, aber so gut wie nötig“ (Lothar de Maizière, Regierungserklärung, 19. April).

17. Juni Gemeinsame Feierstunde von Dt. Bundestag und Volkskammer der DDR im Gedenken an die Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Antrag der DSU auf Sofortbeitritt gem. Art. 23 Grundgesetz wird an den „Ausschuss Deutsche Einheit“ überwiesen.

15. Februar/12. September „**Zwei-plus-Vier-Verhandlungen**“ der vier Außenminister der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und der beiden deutschen Staaten führen zu einer „abschließenden Regelung in Bezug auf Deutschland“ („Ersatz-Friedensvertrag“) und damit zur vollen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland ab 3. Oktober 1990.

31. August Im **Einigungsvertrag** als letztem Vertragswerk zwischen den beiden deutschen Staaten wird der Beitritt der der DDR zum Geltungsbereich des GG mit den fünf östlichen Ländern gem. Art. 23 GG zum **3. Oktober 1990** vereinbart. Hauptstadt wird Berlin, als Staatsfeiertag tritt an die Stelle des 17. Juni der Tag der (Wieder-)Vereinigung.